

FAIRE WOCHE 2017: POLITISCHE FORDERUNGEN DER VERANSTALTER

Perspektiven schaffen: Dafür ist der Faire Handel vor über 40 Jahren angetreten. Perspektiven für Menschen, die nicht zu den Gewinnern der Globalisierung gehören, obwohl sie eng eingebunden sind in die globale Exportwirtschaft. Rund 2,5 Millionen Arbeiter*innen und Kleinbauernfamilien profitieren bereits vom Fairen Handel – unter anderem durch eine angemessene Bezahlung. Doch um weltweit Perspektiven zu schaffen, bedarf es dringend veränderter politischer Rahmenbedingungen sowie eines größeren Einsatzes der Bundesregierung für die Belange von Kleinproduzent*innen. Nur mit dem entsprechenden politischen Willen, zum Beispiel zur Kohärenz mit den nachhaltigen Entwicklungszielen, kann die Bundesrepublik ihren Verpflichtungen im Rahmen der Agenda 2030 gerecht werden. Vor diesem Hintergrund haben die Veranstalter der Fairen Woche, das Forum Fairer Handel e.V. in Kooperation mit dem Weltladen-Dachverband e.V. und TransFair e.V., zum Auftakt der Fairen Woche entsprechende Forderungen an die nächste Bundesregierung vorgelegt:

KLIMAPOLITIK

Wir fordern von der neuen Bundesregierung eine ambitioniertere nationale Klimapolitik sowie mehr Einsatz für internationale Klimagerechtigkeit – insbesondere für die Rechte und Bedürfnisse der Betroffenen. Dies erfordert national unter anderem den Rückgang der Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um mindestens 95 Prozent bis 2050. International ist die Finanzierung für die Bewältigung der nicht mehr vermeidbaren Auswirkungen des Klimawandels in Entwicklungsländern zu gewährleisten.

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit muss einkommensschwache Produzent*innen, Bauernorganisationen, Genossenschaften und Landarbeitergewerkschaften stärken und die lokale Weiterverarbeitung sowie den Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten fördern.

Kleinbäuer*innen und

-produzent*innen und deren Organisationen müssen bei der Entwicklung von Landwirtschaftspolitik und

-projekten der Entwicklungszusammenarbeit stärker beteiligt werden.

Wichtig ist aus unserer Perspektive, dass die Handelsabkommen zwischen der EU und den Ländern des Globalen Südens dies nicht konterkarieren, wie wir es derzeit bei den Verhandlungen zu den Europäischen Partnerschaftsabkommen (EPAs) mit verschiedenen afrikanischen Staaten befürchten.

AGRARPOLITIK

Die EU-Agrarpolitik muss neu ausgerichtet werden. Die neue Bundesregierung muss sich in der EU dafür einsetzen, dass die pauschalen Flächenzahlungen abgeschafft werden. Es braucht ein neues Berechnungs- und Anreizsystem, das landwirtschaftliche Leistungen für die Umwelt und die Gesellschaft honoriert. Die neue Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass ein

regelmäßiges Monitoring ihrer Auswirkungen auf die Märkte des Südens durchgeführt wird und dass Produzent*innen in Ländern des Globalen Südens ein Beschwerdemechanismus zur Verfügung steht.

FÖRDERUNG FAIR GEHANDELTER PRODUKTE DURCH GESETZLICHE ANREIZE

Wir fordern die neue Bundesregierung auf, den Absatz fair gehandelter Produkte durch gesetzliche Anreize zu fördern. Sinnvolle Maßnahmen wären etwa die Abschaffung der Kaffeesteuer bei Kaffee, für den Kleinbäuer*innen einen Mindestpreis erhalten haben. Damit mehr Wertschöpfung in den Herkunftsländern verbleibt, fordern wir zudem die Abschaffung von Eskalationszöllen bei Kaffee.